

# Welche Bedarfe haben Kommunen bei der Umsetzung der Sanitär- & Nährstoffwende?



Ergebnisse aus dem zirkulierBAR Policy Lab mit dem Netzwerk beobachtender Kommunen zum Umgang mit rechtlichen Unsicherheiten auf dem Weg zur Sanitär- und Nährstoffwende

## DIE AUSGANGSLAGE

Das Interesse von Kommunen an neuartigen und insbesondere ressourcenorientierten Sanitärlösungen steigt. Zum einen erreichen Kommunen vermehrt Anträge für den Einbau solcher Sanitärlösungen in Privathäusern. Zum anderen bieten sie eine nachhaltige Lösung für die öffentliche Infrastruktur. Durch diese innovativen Systeme werden menschliche Fäkalien entkoppelt vom Abwassersystem gesammelt und ein Verwertungsweg unabhängig der wasserbasierten Schwemmkanalisation und Abwasseraufbereitung angestrebt. So können Ressourcen geschont, Nährstoffrecycling ermöglicht und Schadstoffe ausgeschleust werden.

## DAS PROBLEM

Trocken gesammelte Toiletteninhalte und der dafür vorgesehene Verwertungsweg zu qualitätsgesicherten Recyclingdüngern sind aktuell rechtlich nicht klar definiert. So führen Anträge für öffentliche sowie private Trockentoiletten zu Unsicherheiten bei kommunalen Behörden, Rechtsstreits und unterschiedlicher Auslegung des Rechts. Gemäß kommunaler Abwassersatzungen wird eine Anschluss- und Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger häufig darin begründet, dass die Toiletteninhalte Abwasser seien. Diese Auffassung ist jedoch nicht gedeckt von der Abwasserdefinition des Wasserhaushaltsgesetzes. Gleichzeitig verhindert die Nicht-Anwendbarkeit der Bioabfallverordnung und Düngemittelverordnung, dass Recyclingdünger aus Inhalten von Trockentoiletten ordnungsgemäß hergestellt werden können.

## Handlungsempfehlungen aus dem Policy Lab

### Ressourcenorientierte Sanitärsysteme rechtlich absichern

Die rechtlichen Rahmenbedingungen könnten geklärt werden, indem menschlicher Urin und Fäzes in die Begriffsdefinition des Bioabfalls in der BioAbfV aufgenommen werden. Dadurch könnten Urin und Fäzes auch in der deutschen DüMV als „Ausgangsstoff“ für die Düngemittelherstellung aufgenommen werden. Auf kommunaler Ebene würde dies ein Wahlrecht zwischen dem Abwasser- und dem Abfallpfad anstelle der existierenden Anschlusspflicht an den Wasserpfad ermöglichen.

→ Mehr Infos siehe [Positionspapier](#)

### Von Präzedenzfällen lernen

Eine Vielzahl von Fallbeispielen zeigen, dass der Einsatz von ressourcenorientierten Sanitärsystemen einschließlich einer Aufbereitung von Urin und Fäzes zu Recyclingdüngern möglich und sinnvoll ist. Ausnahmegründe für die Genehmigung solcher Sanitärsysteme sind bisher zum Beispiel Forschungszwecke, höhere Umweltstandards, oder die Unzumutbarkeit und technische Undurchführbarkeit des Anschlusses an die Kanalisation. Darüber hinaus existieren einige Präzedenzfälle in Bauordnungen und Abwassersatzungen, die den Einbau von Trockentoiletten explizit erlauben. Eine Sammlung solcher Fälle ist hilfreich, um diese als Blaupause gegenüber Entscheidungs-träger:innen heranzuziehen.

### Qualitätsstandards vermitteln

Den Bedenken von Seiten der verantwortlichen Behörden bezüglich der Sicherheit und Unschädlichkeit, der aus menschlichen Fäkalien hergestellten Recyclingdüngern, können durch genormte Anforderungen an die Qualität begegnet werden. Aus Perspektive der Praktiker:innen ist es notwendig, dass entsprechende Standards (z. B. DIN SPEC 91421) einfach zugänglich sind und ausreichend vermittelt werden. So wird deren Umsetzung unkompliziert ermöglicht und der Weg zur Zulassung erleichtert.

### Gemeinsame Ressourcen erarbeiten & teilen

Das Netzwerk beobachtender Kommunen kann gut genutzt werden, um neben dem Teilen bestehenden Wissens auch das Erarbeiten neuer gemeinsamer Arbeitsgrundlagen zu ermöglichen. So könnten beispielsweise erfolgreiche Anträge auf Ausnahmeregelungen als Vorlage wiederverwendet werden. Denkbar ist auch die Erstellung einer musterhaften Experimentierklausel für kommunale Abwassersatzungen sowie die Verschriftlichung eines Argumentationsschemas als Ergänzungen für einen gemeinsamen Ressourcen-Pool.

### Sensibilisierung vorantreiben

Ein zentrales Aktionsfeld ist außerdem, die Sensibilisierung von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und weiteren Interessensgruppen (z. B. Abwasserzweckverbänden) stetig voranzutreiben. Durch strategische Wissenschaftskommunikation können Bedenken ausgeräumt und Vertrauen dazugewonnen werden. Der Einbezug von Stakeholdern kann wichtige Perspektiven bezüglich breiter Akzeptanz und möglicher Umsetzungswege in die Formulierung politischer Maßnahmen einbringen.



Im Oktober 2023 widmeten sich 16 Vertreter:innen aus dem zirkulierBAR Netzwerk beobachtender Kommunen dem Ziel, einen Umgang mit den rechtlichen Unsicherheiten, insbesondere im kommunalen Abwasserrecht, zu finden. Für diesen Prozess wurde das Policy Lab als Werkzeug der wissenschaftlichen Politikberatung ausgewählt. Dieses stellt ein kooperatives Arbeitsmodell für den Austausch entlang von Leitfragen zwischen politischen Entscheidungsträger:innen, Wissenschaftler:innen und weiteren betroffenen Akteur:innen zu einem bestimmten politischen Thema dar. Die vorliegende Handreichung ist die Synthese der gewonnenen Erkenntnisse.

## KONTAKT

**Annika Grebener & Anna Calmet**  
Kontaktstelle Kommunen  
Stadt Eberswalde | Landkreis Barnim  
[kommunen@zirkulierbar.de](mailto:kommunen@zirkulierbar.de)

**Felix Bickert**  
Center of Responsible Research and  
Innovation am Fraunhofer IAO  
[felix.bickert@iao.fraunhofer.de](mailto:felix.bickert@iao.fraunhofer.de)

## WEITERE INFORMATIONEN UNTER

Wissenstransfer

Projektergebnisse